

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen.

1917 Nr. 588 Jahrgang 210
Morgen-Ausgabe
Sonnabend, 17. November 1917

Verlagsgesellschaft für die Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen, Verlagsamt in Halle a. S., Markt 20.
Verlagsgesellschaft für die Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen, Verlagsamt in Halle a. S., Markt 20.
Verlagsgesellschaft für die Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen, Verlagsamt in Halle a. S., Markt 20.

Neue Angriffsfolge in Italien

Neue Erfolge der deutschen Waffen

Berlin, 16. November. In Flandern nahm in den vergangenen Tagen der feindliche Fortschrittsdruck unsere Stellungen bei Passchendaele erheblich vorwärts zu treiben und gegen 8 Uhr vormittags etwas abzurücken. Die feindliche Artillerie war sehr lebhaft und lag über den gesamten Kampfbereich. Es herrschte sich in Gegenwart der feindlichen Artillerie und infolge Passchendaele vergrößert zu größerer Stärke.
Im Artois folgte nach tagelanger heftiger Betätigung ebenfalls der Angriff feindlicher Großgeschütze nördlich der Bahn Douai Arras. Der feindliche Fortschrittsdruck war unter anderem durch den Fortschrittsdruck zum Séciersen gebracht, an dessen Stellen nach kurzem Ordonnanzkampf unter schweren Verlusten abgegangen.
Nördlich St. Quentin war in Gegenwart von feindlicher Artillerie ein heftiges Gefecht ausgebrochen, bei dem die feindliche Artillerie sehr lebhaft war. Infolge dieses Gefechtes wurden die feindlichen Stellungen während der Nacht, in den letzten Morgenstunden erneut stark wieder eingelegt.
Nördlich St. Quentin war in den Morgenstunden hartes Gefecht ausgebrochen, bei dem die feindliche Artillerie sehr lebhaft war. Infolge dieses Gefechtes wurden die feindlichen Stellungen während der Nacht, in den letzten Morgenstunden erneut stark wieder eingelegt.
Nördlich St. Quentin war in den Morgenstunden hartes Gefecht ausgebrochen, bei dem die feindliche Artillerie sehr lebhaft war. Infolge dieses Gefechtes wurden die feindlichen Stellungen während der Nacht, in den letzten Morgenstunden erneut stark wieder eingelegt.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 16. Nov., abends. (Amtlich.) Stärkerer Feuerkampf bei Dirmuide.
Im Osten nichts Besonderes.
Neue Angriffsfolge im Gebirge zwischen Brenta und Piave.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 16. Nov. Amtlich wird veröffentlicht:
Italienischer Kriegsausflug
Am Piave delta vor den Lagunen von Venedig haben Verbände in ihrer Entzugsarbeit dem Feinde Gelände abgenommen, wobei über 1000 Gefangene eingebracht wurden.
Im Trentatal bemächtigen sich österreichisch-ungarische Truppen des Ortes Gissano und der weidlichen Höhen. Auf nördlich von Piave verloren die Italiener einige hartnäckig verteidigte Gebirgsstellungen.

Ostlicher Kriegsausflug

Wichtig zu melden:
Albanien
Die weidlich des Dshrida-Sees von den Franzosen geräumten Linien wurden durch unsere Truppen besetzt.
Der Chef des Generalstabes.

Die Wichtigkeit des Frontabschnittes von Miaso

Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet von der italienischen Grenze: Der Abschnitt Miaso ist jetzt der Mittelpunkt des Interesses. Mit großer Spannung und einer gewissen Begehrnis verfolgt man die Generierung der Fronte in dem Verhalten der Grenzstellungen.
In die Brenta den Westen bede, würde sie wohl als italienische Überlandlinie von Bedeutung sein. Die verhältnismäßig milde Winterung erleichtert den feindlichen Vordringen und arktischen Nachdruck in die Ebene. Das Schweregewicht der Kämpfe liegt bei den Arven Conrabs und Sclavus.
Der Mailänder Briefzeit warnt vor der Verbreitung pessimistischer Überdeutungen über den Gang der militärischen Ereignisse.

Das Ausscheiden des Staatssekretärs Dr. Schwander

In die einzelnen Zeitungen veröffentlichte Mittelungen aus einer bevorstehenden Sitzung des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsrates. Dr. Schwander werden den Beratungen gefolgt, als ob das Ausscheiden aus politischen Gründen oder wegen beiderseitiger Unstimmigkeiten erfolge, die sich an der Gestaltung der Organisation des Reichswirtschaftsrates, insbesondere der Übertragungswirtschaft ergeben hätten. Gerüchte über Dr. Schwander sind durchaus unzutreffend. Politische Gründe liegen nicht vor und die Beratungen, die sich auf Schwierigkeiten bei der Gestaltung der Übertragungswirtschaft beziehen, sind ebenfalls unangebracht, wie die demnächst bekanntwerdenden Ausnahmen über die Bearbeitung der Übertragungswirtschaft barleben werden. Falls Gezzelens Schwander wirklich sein Amt niederlegen sollte, erfolgt kein Ausscheiden ausschließlich aus persönlichen Rücksichten, da er glaubt, daß die außerordentlich große Arbeitslast, die mit der Leitung des Reichswirtschaftsrates verbunden ist, die Leitungsfähigkeit seines Gesundheitszustandes übersteigt, während die Ausübung des ihm anvertrauten Amtes in Straßburg dadurch keinesfalls behindert wird.

Der Reichsfanzler am bayerischen Königshofe

München, 16. Nov. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Der König und die Königin empfangen heute nachmittags den Reichsfanzler Grafen von Hertling mit Gemahlin und Tochter in Audienz.

Neue Wasserstraßen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn

Samburz, 16. Nov. Am Schluß des ersten Verhandlungsganges der deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverhandlungen wurde einstimmig eine Entschädigung angenommen, in der betont wird, daß nach dem Kriege aufgestaut an die Herstellung leistungsfähiger Wasserstraßen-Verbindungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn geschritten werden müßte. Als wirtschaftlich wichtige und dringende Verbindung kommen der Elbe-Donau- und der Rhein-Main-Donau-Kanal in Betracht. Für den großen Schiffahrtsweg von der Elbe nach der Donau ist der Kanal Pardubitz-Weissenau am wichtigsten an der Elbe-Donau-Verbindung als die beste Lösung anzusehen. Die Niederösterreich-Regelung der Elbe ist auf solche Weise zur Durchführung zu bringen.

Ein Trugschluß

Von Professor Kückmann-Münster i. W.
Was neuerdings über die Verklammerung der Zentrums-partei Weidmanns in Rom verlautet, kann den Abg. Oberbiller nicht weniger fragwürdig erscheinen lassen, als er ohnehin schon ist. Wären dem nicht, wenn er eines Tages im sozialdemokratischen Lager auftaucht, so radikale, demokratische Bestimmungen vertritt er. Wieder einmal erdient die alte Behauptung auf der Bildfläche: weil alle Schichten des deutschen Volkes in diesem Kriege so schwere und gleiche Opfer gebracht hätten, müßte auch die Demokratie für ganz allgemein durchzuführen werden. Derartige ist ganz unpolitisch und rein sentimentalisch gedacht.
Es ist ein Trugschluß, das Wahlrecht überhaupt als eine Befreiung zu betrachten. Kein Staat kann sich auf derartige einlassen. Das Wahlrecht gibt der Staat, wie überhaupt alle Befreiungen, den einzelnen Staatsangehörigen ausschließlich um des Staates, nicht um des einzelnen Wählers willen. Wie er dem König die monarchische Gewalt nicht gibt um des Königs willen, sondern um des Staates willen, so verhält es sich auch mit allen anderen staatlichen Befreiungen. Was aber in dem einen Falle richtig ist und einmündig als richtig anerkannt wird, muß es auch in allen übrigen sein. Für die Verteilung der staatlichen Wohlthaten ist allein das Staatsinteresse maßgebend und nicht anderes. Ein Staat oder die bürgerliche Gesellschaft eines Staates ist schon nicht mehr getrieben, wenn anders verhalten wird. Wir erkennen doch ausdrücklich unsere Beamten, unsere Minister auch nicht um ihrer selbst willen, sondern deshalb, weil angenommen wird, daß der Staat mit ihnen am besten fährt. Daraus ergibt sich schon ohne weiteres auch die Beurteilung des parlamentarischen Systems mindestens für Deutschland und insbesondere der Anträge, die heute von der Linken erhoben werden. Diese wollen bestimmte Minister haben, nicht weil sie mit gutem Fug beauftragt können, daß diese, ausgerechnet a. B. die Herren Weyer, Hoffmann usw., die besten und am meisten geeigneten wären, sondern, weil sie in Parteinteresse diese Herren in die höchsten Stellen bringen wollen. Ein Verstoß gegen die obersten Sätze richtiger Politik!

Genau dieselben Gründe gelten auch für die Verteilung von Wohlthaten. Sind diese Wohlthaten nicht, um die berechnigten Befreiungen jener bisher vom Wahlrecht mehr oder weniger ausgeschlossenen und in ihm beschränkten Volksteile zur Geltung zu bringen, ist gegen die Verteilung eines erweiterten Wahlrechtes nichts einzuwenden. Aber kann man heute in Deutschland auch nur einen Augenblick mit gutem Gewissen behaupten, daß etwa die Befreiung der Arbeiter zurückgeführt seien und nicht zu ihrem Rechte kämen, wo sich doch seit Jahren die ganze innere Gesellschaft fast nur um das Wohl der arbeitenden Klassen dreht? Sind nicht schon überwiegende Befreiungen anderer Volksteile, vor allem des studierten Beamtenums, darüber vernachlässigt worden? Die volle Ausbildung unserer Seeresamte und unserer Seemehr? Unsere Vertretung im Auslande? Die Unterstützung der Auslandsdeutschen? Ueberhaupt die technische Ausrüstung unserer Auslandsvertretung mit allen heute gebotenen Mitteln? Wie kümmerlich steht es um unsere Auslandsdiplome, um unsere Anbeterverbindungen, die Wehrfähigkeit unserer Kolonien! Ist denn schon das heimische Reich und Siedeln um die Aufrechterhaltung derselben, es nicht gerade die Sozialdemokraten, die allem, was die Großmachtspolitik des Reiches forderte, im Wege standen?

Was jede Volksteiligkeit fordern kann und was ihr unbedingt gewährt werden muß, ist, daß sie entsprechend dem kulturellen Mindestmaß der Lebensbedingungen ihr Auskommen findet und entsprechend ihrer politischen Leistungsfähigkeit an den öffentlichen Reden beteiligt wird. Nicht weniger, aber auch nicht mehr. Danach kann aber gar keine Rede davon sein, daß deshalb, weil gleiche Blutvergießer sind, abgedrückt werden müssen und abgedrückt werden sind, nimmere die Volksteile, in deren Hand erweiterte politische Rechte geradezu eine Gefahr für das Vaterland werden, auch in die Lage versetzt werden, diese Gefahr über das Vaterland hinweg zu überbrücken. Das geht an die Lebensbedingungen jedes Staates Staatliche Notwendigkeiten mollen und dürfen nur nach sich selber entscheiden werden, nicht aber nach unklaren, wenn auch wohl gemeintem Sentimentalitäten. Wer anders denkt und nun auf entsprechende Politik treibt, bewirkt nur, daß

Die Anprache des Kaisers

Berlin, 17. November. Neger eine Anprache, die der Kaiser in der Ebene des Tagelimes an die Märkte hielt, während Graf Wegener im „N.A.“: Der Kaiser hätte es, daß es um die Angelegenheiten der verschiedenen deutschen Stämme, die sich im Reich vereinigen, das ist ein sehr interessantes Thema. Die Anprache war, die der Kaiser in vorübergehender Absicht in Wien vorlag. Seine Anprache ging aus von dem Gedanken, daß die deutsche Nation die verschiedensten Völkergruppen in sich vereinigen kann, das ist ein sehr interessantes Thema. Die Anprache war, die der Kaiser in vorübergehender Absicht in Wien vorlag. Seine Anprache ging aus von dem Gedanken, daß die deutsche Nation die verschiedensten Völkergruppen in sich vereinigen kann, das ist ein sehr interessantes Thema.

Das neue französische Ministerium

Paris, 16. Nov. Heute meldet: Das neue Ministerium hat sich folgendermaßen zusammengesetzt: Ministerpräsident: Clemenceau; Außenminister: Poincaré; Innenminister: Briand; Finanzminister: Clément; Kriegminister: Bugey; Meeresminister: Clément; Landwirtschaftsminister: Clément; Unterrichtsminister: Clément; Justizminister: Clément; Gesundheitsminister: Clément; Arbeitsminister: Clément; Veteranenminister: Clément; Kriegsminister: Clément; Meeresminister: Clément; Landwirtschaftsminister: Clément; Unterrichtsminister: Clément; Justizminister: Clément; Gesundheitsminister: Clément; Arbeitsminister: Clément; Veteranenminister: Clément.

